№ 301
A 128
Morgen-Ausgabe
Berlin
Donnerstag, 28. Juni 1923
700 Mark
Gegründet 1704
Mit Kurszettel

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeithilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Juli 24000 M. bei Zustellung durch eigene Boten. Durch die Post 24000 M. Unter Streifband 33000 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 1600 Mark die mm-Zeile. Familienanzeigen 500 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d Handelst.): Jul Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 689.

Ein Friedensappell des Papstes.

Für Abbau der Ruhrbesetzung.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

mp **Rom**, 27. Juni.

Der Papst hat an den Kardinalstaatssekretär Gasparri ein Handschreiben gerichtet, das die hiesige Presse, zunächst kommentarlos, veröffentlicht. Das Dokument ist vor seiner Veröffentlichung, wie es bei der strengen Tradition des Vatikans nicht anders denkbar ist, Gegenstand langer und wiederholter Beratungen gewesen, da es, um wirksam zu sein, so abgefaßt sein mußte, daß es niemanden verletzte, dafür aber, wenn nicht alle, so doch die meisten überzeugte.

Wie gelegentlich der Konferenz von Genua hat der Papst jetzt den psychologischen Moment für gekommen erachtet, um ein unparteiliches Wort von einer Kanzel ertönen zu lassen, die keine Kanzel ist, und an dessen Aufrichtigkeit zu zweifeln nur Verzweifelte wagen dürften. Der Papst stellt fest, daß seit Genua die Dinge überall eine Wendung zum Schlimmen genommen haben.

Der Heilige Vater sieht die Zukunft in den düstersten Farben, und so erklärt es sich, daß er in diesem Dokument bei aller Vorsicht der Ausdrucksweise doch für die brennenden Probleme eine Klarheit der Stellungnahme gefunden und ausgesprochen hat, die dieses Schriftstück in seiner Bedeutung als Appell an die christlich denkende Welt weit über alle bisherigen Auslassungen ähnlicher Art stellt.

Zwei Punkte sind es, die in dem päpstlichen Handschreiben in der Form von warmen Empfehlungen an alle die Stellungnahme des Vatikans zu den zwei Problemen charakterisieren:

1. Der Papst hält es für ein Gebot der Gerechtigkeit, daß ein Ersuchen Deutschlands, seine weitere Zahlungsfähigkeit von Unparteiischen prüfen zu lassen, nicht abgelehnt wird, und ferner, daß die Forderungen nicht so hoch geschraubt werden dürfen, daß Deutschland dadurch die eigene Lebenssicherung genommen würde.

2. Der Papst spricht sich für einen allgemeinen Abbau und eine sukzessive und völlige Aufhebung der Ruhrbesetzung aus. Diesen Passus bezüglich der Ruhrbesetzung muß man mit der größten Aufmerksamkeit lesen. Er enthält zweifelsohne den Gedanken, daß die Besetzung erst nachzulassen und aufzuhören hat, wenn eine Einigung über die Reparationsleistungen erzielt sein wird, und macht somit ganz offensichtlich den Versuch, der französischen Regierung Brücken zu bauen.

In den hiesigen politischen Kreisen hat der päpstliche Brief sehr große Aufmerksamkeit erregt. Man bemerkt, daß sich der Papst eigentlich vollkommen mit den Gedankengängen identifiziert, die man in letzter Zeit häufiger gerade aus Washington und London hörte. Nicht umsonst hat der englische Botschafter beim Vatikan, wie ich erfahre, heute nachmittag beim Kardinalstaatssekretär vorgesprochen und ihm seine Befriedigung über diese Kundgebung ausgedrückt.

Aus diplomatischen Kreisen erfahre ich noch, daß der Brief des Papstes in den gestrigen Spätabendstunden allen beim Vatikan beglaubigten Botschaftern und Gesandten zur Kenntnis offiziell übermittelt wurde. Inoffiziell ist er auch dem italienischen Ministerpräsidenten übergeben worden. Der Eindruck in diesen Kreisen ist naturgemäß überall ebenso stark wie verschieden gewesen. Sehr befriedigt war man in den belgischen Kreisen, und es mag dieser Brief des katholischen Oberhirten das katholische Belgien ganz besonders ansprechen. Sehr überrascht über die Präzision dieses neuen päpstlichen Dokuments dagegen war man im französischen Lager, und es mag als bezeichnend für diese Ueberraschung mitgeteilt werden, daß der französische Botschafter beim Quirinal, Barrière, seinen Kollegen beim Vatikan für heute abend zu einer Beratung zu sich gebeten haben soll.

Rückkehr des Kabinetts Theunis.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 27. Juni.

Der völlige Stillstand im internationalen Meinungsaustausch hält an. Er ist noch der Versicherung des Quai d'Orsay ausdrücklich durch die belgische Ministerkrisis, deren Ende abgewartet werden soll, zu erklären. Alle Gerüchte von einer neuen Spannung zwischen Paris und London werden hier entschieden in Abrede gestellt.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß Theunis wahrscheinlich morgen mit den gleichen Ministern, die dem zurückgetretenen Kabinett angehört haben, vor das Parlament treten wird, nachdem ein Kompromiß zwischen den bürgerlichen Mittelparteien zustande gekommen sei. Theunis will angeblich ein Vertrauensvotum verlangen und dann entscheiden, ob die eventuelle Mehrheit ausreicht, um das Kabinett regierungsfähig zu machen.

Die Kleine und die Große.

Von
Karl Ladm.
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 25. Juni.

Die Kleine Entente hat in den letzten vierzehn Tagen eine Krise durchgemacht, die in ihren Rückwirkungen auf die Entwicklung in Mitteleuropa noch nicht vollkommen zu übersehen ist. Mit Stambuliijiffs Tod ist Jugoslawien ein Mißgeschick widerfahren, das über seine verschlechterten Beziehungen zu Bulgarien hinaus für die gesamte Außenpolitik dieses Landes größte Bedeutung hat. Einige Tage lang nach dem Umsturz in Sofia sah es aus, als werde die Kleine Entente imstande sein, die ersehnte Kraftprobe einer in sich geschlossenen Großmacht abzulegen ohne Rücksicht auf die Große Entente. Heute ist das Vierstaaten-Bündnis Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Polen unselbständiger, zerflatterter, geschwächter denn zuvor.

In der Belgrader, Agramer und Laibacher Presse sind der Regierung Paschitsch-Ristschitsch große Vorwürfe gemacht worden, weil sie nicht rechtzeitig Stambuliijiffi gegen seine Feinde in Bulgarien gestützt habe. Der Bauerndiktator erstrebte den großjüdslawischen Bund, ein Friedensziel, das dem ganzen Balkan zum Vorteil gereichen konnte. Im bulgarischen Innern bekämpfte er aber nicht nur mazedonische Nationalisten und die Anhänger der früheren Kriegskabinette, sondern auch jene jetzt zum Teil wenigstens ans Ruder gelangten Demokraten, die, wenn man den Freunden des neuen Ministerpräsidenten Professor Zankoff Glauben schenken darf, gegenüber Belgrad „ähnliche Wünsche zeigen wollen. Auf der bulgarisch-jugoslawischen Konferenz in Nisch hatte Stambuliijiffi die Verpflichtung übernommen, das mazedonische Bandenunwesen abzustellen. Zankoffs Kabinett wird zu beweisen haben, ob es stark genug ist, die mazedonische Bewegung in ein friedliches Gleise zu bringen. Es wäre eine kluge Politik Paschitschs und Ristschitschs, wenn sie Beweise guten Willens der Regierung in Sofia nicht abwiesen und, zugleich mit der Ablehnung vom starren zentralistischen System im SHS-Staate, nicht nur den Wünschen von Kroaten und Slowenen entgegenkämen, sondern damit auch die Wege ebneten, die zu einem in der Verwaltung autonomen Mazedonien zwischen den verbündeten Staaten Jugoslawien und Bulgarien führen könnten. Serbischer und griechischer Kolonisierungszwang vermag allerdings nicht den alten mazedonischen Brandherd zum Erlöschen zu bringen. Es würde sich bei weitsichtiger Taktik in Belgrad die jetzige Schlappe in einen Erfolg verwandeln lassen; der Fehler, einen gefügigen Stambuliijiffi nicht genügend gefördert zu haben, würde zu einem Gewinn werden, da man doch von draußen einen Diktator niemals einem Lande dauernd aufzuzwingen vermag.

Man kann es Jugoslawien nicht verdenken, wenn es unter dem ersten Eindruck der Umwälzung in Sofia in höchste Unruhe geriet. Die Meldungen lauteten dahin, daß es sich um eine Militärrevolution handelte; die zu Ministern ernannten Professoren schienen dem Ganzen nur eine demokratische Etikette verleihen zu sollen; vielleicht war es nicht klug, daß so viele, wenn auch fortschrittlich genannte Offiziere Aemter erhielten. Ebenso kann man das Belgrader Mißtrauen verstehen, daß im Hintergrunde der gefürchtete und sehr mächtige mazedonische Führer Todor Alexandroff steht, der Stambuliijiffi das Todesurteil notifiziert hatte, genau wie er Belgrad und Athen zu wissen tat, die serbischen und griechischen Bauern, die in den letzten zwei Jahren in Mazedonien angesiedelt wurden, würden niedergemetzelt werden, wenn sie nicht in einer bestimmten Frist wieder freiwillig abzögen. Auch wenn das neue Regime in Bulgarien nicht à la Horthy in Ungarn auftrat, könnte es doch in manchem eine Wiederannäherung an die früheren Zustände sein. Jugoslawien, das immer gespannt nach Rom sieht, hatte an der ungarischen Rückenreserve Italiens genug. Kommt eine bulgarische Verstärkung hinzu? Die Türken haben sich bereits „manövriert. Werden sich die Kriegsverbündeten wieder die Hände? Der Verdacht ist nicht vollkommen unbegründet, daß die italienische Diplomatie in Sofia dieselbe Beschützerrolle spielen wird, die sie in Budapest gespielt hat und die erklärt, warum im ungarischen Parlament jedesmal Eljen-Rufe ertönen, wenn der Name Italiens genannt wird.

*

Während einer ganzen Woche war man überzeugt, daß die Kleine Entente nicht wie gegenüber Ungarn, wo bei zwei Gelegenheiten das italienische Veto die Interventions-Absichten durchkreuzte, auch gegenüber Bulgarien solange zögern werde, bis es zu spät sei. Belgrad „Ueie, daß Prag, Bukarest, Warschau und auch Athen dem jugoslawischen Außenminister Ristschitsch die Abfassung einer alternativen Note an Zankoff und die Entscheidung über eine vielleicht notwendige Besetzung Sofias überlassen hätten — ja, der Verteilungsschlüssel für die Rückerstattung jugoslawischer Mobilisierungskosten sollte schon Annahme gefunden haben! Es wurde versichert, daß die Kleine Entente mit einem Schlage als der „wollle Faktor auftreten werde, der sie, ganz unbeeinflußt von den verschiedenartigen Wünschen der Großen Entente, sein

Einspruch gegen die Devisenverordnung.

Außer Kraft im besetzten Rheinland.

Paris, 27. Juni. (W. T. B.)

Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission unter Vorsitz des französischen Oberkommissars Tirard beschlossen (es wird wiederum nicht gesagt, ob mit Stimmenmehrheit oder Stimmengleichheit), die Anwendung der Reichsverordnung vom 22. 6. 1923 und die Verordnung vom 8. Mai 1923 betreffend die Spekulation in ausländischen Devisen, im besetzten Gebiet nicht zuzulassen, da sie der Kommission nicht in der von ihr angeordneten Form vorgelegt worden sei.

*

In unserem „Finanz- und Handelsblatt" war bereits am Montag auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, die sich der Durchführung der neuen Devisenverordnung in Köln und damit im besetzten Rheinlande entgegenstellen. Die zahlreichen ausländischen (Entente-)Banken in Köln erklärten sofort, sich nicht an die neue Verordnung kehren zu wollen, wobei sie sich darauf bezogen, daß die Rheinlandkommission auch die letzte Verordnung für das besetzte Gebiet nicht genehmigt habe. Die Kommission konnte das, weil sie nach dem Rheinlandabkommen formal das Recht hat, jedes Gesetz und jede Verordnung der Reichsregierung zu inhibieren. Der belgische Delegierte der Rheinlandkommission in Aachen hatte, wie schon gestern früh in unserem Handelsteil erwähnt, die Anwendung der neuen Verordnung für die belgische Zone bereits am Dienstag verboten, ja ihre Besolgung sogar unter Strafe gestellt. Die vorstehende Pariser Meldung stimmt damit überein, wenn sie auch noch die nicht nebensächliche Frage offen läßt, ob auch der englische Delegierte, in dessen Zone Köln liegt, sein Einverständnis mit der Verfügung der Interalliierten Kommission erklärt hat. Wäre es der Fall, so käme das Vorgehen der Kommission einer Sabotage unserer Regierungsmaßnahmen zur Markstützung gleich, an deren Gelingen doch unsere Gegner eigentlich selbst das größte Interesse haben, denn mit jeder neuen Verschlechterung der Mark erhöhen sich unsere Schwierigkeiten und verringert sich unsere Fähigkeit zu Reparationsleistungen, wie sie jene vorschreiben.

Es ist nunmehr mit dem Zustand zu rechnen, daß auf dem Wege über die ausländischen Banken im besetzten Gebiet auch unsere neue Devisenverordnung durchlöchert wird.

Desto notwendiger ist es, daß die deutsche Bankwelt daselbst die Maßnahmen unserer Regierung nach Kräften unterstützt. Besprechungen, die zwischen ihr und der Regierung geführt worden sind, haben, wie wir hören, das Ergebnis gehabt, daß der Kölner Geschäftswelt gestattet ist, einen Ausgleich des Angebotes und der Nachfrage in Devisen am dortigen Platze unter sich vorzunehmen. Die sich dabei ergebenden Spitzenbeträge sind bei der amtlichen Kursfeststellung in Berlin zu kaufen oder zu verkaufen. Unter allen Umständen soll daran festgehalten werden, daß der amtliche Berliner Kurs für diesen Spitzenausgleich maßgebend ist.

Widerstand gegen Hardings Plan.

Eigener Kabeldienst der „Vossischen Zeitung".

* **New York**, 27. Juni.

Eine Rede des Senators William R. Kind erregt großes Aufsehen, der erklärte, daß die Rede Hardings in St. Louis den Gedanken eines internationalen Weltgerichtshofes getötet hätte. Er führte aus, der Präsident habe den internationalen Gerichtshof „vom Standpunkte der republikanischen Partei aus behandelt". Wir wollen nichts zu tun haben mit dem Vorschlag einer amerikanischen Teilnahme, und ohne die Unterstützung der Demokraten, so erklärte er, könne der Vorschlag nicht vom Senat angenommen werden. „Meine Meinung nach ist der Vorschlag schon jetzt ein totgeborenes Kind." Ueber den Vorschlag Hardings, den Gerichtshof vom Völkerbund zu trennen, sind die Meinungen in Amerika geteilt. Viele sind der Ansicht, daß dadurch der ganze Plan zerstört würde. Bisher hatten sich die demokratischen Anhänger des Gedankens des internationalen Gerichtshofes noch nicht geäußert. Aus diesem Grunde hat die Erklärung Kinds großes Aufsehen erregt.